Nr. 58 ♦ 38. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 29

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— M., monatl. 10,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— M., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21,50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" und der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Abend-Ausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

20 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 8,— M. Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 1,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2,— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3,— M. die Zeile ohne Aufschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197

Freitag, den 4. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54

Vorläufig nicht nach Brüssel.

Berlin, 4. Februar. (WTB.) Wie wir erfahren, hat der erste Delegierte der deutschen Delegation für Brüssel, Staatssekretär Bergmann, eine Einladung zur Fortsetzung der Verhandlungen in Brüssel auf den 7. Februar erhalten. Bergmann hat geantwortet, daß die deutsche Delegation nicht in der Lage sei, der Einladung zu folgen, weil die deutsche Regierung augenblicklich mit der Prüfung und Durcharbeitung der Pariser Beschlüsse befaßt sei und hierbei der Hilfe der für Brüssel bestimmten Sachverständigen nicht entbehren könne.

Die Pariser Kammerdebatte.

Paris, 3. Februar. Nachdem Ministerpräsident Briand in der Kammer die Regierungserklärung verlesen hatte, begab er sich in den Senat, um dort die gleiche Erklärung abzugeben. Die Kammersitzung wurde solange unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen gegen ½5 Uhr nachmittags ergriff als erster Interpellant der Abg. **Margaine** das Wort. Er sagte, er glaube nicht, daß viel mehr, als der Ministerpräsident getan habe, hätte erzielt werden können. Was er kritisiere, sei der Weg, auf dem man zu diesem Abkommen gelangt sei. Man habe gehofft, daß die finanzielle Solidarität der Alliierten gestatten werde, beträchtliche Summen zu diskontieren, die Deutschland Frankreich schulde. Man sei enttäuscht worden. **Namentlich Amerika habe diese Solidarität nicht aufrechterhalten.**

An zweiter Stelle sprach

der Kommunist Cachin.

Nach seiner Ansicht hat die letzte Konferenz die deutsche Entwaffnung aufgehoben, damit das „reaktionäre" Deutschland gegen den russischen Bolschewismus ausgerüstet sei. Die Reparationsfrage habe die Konferenz auf eine spätere Konferenz von London verschoben. Die deutschen Großkapitalisten erzielten immer noch Dividenden von 10 bis 40 Prozent. Sie seien die einzigen, die sich durch den Krieg bereichert hätten. Die vorgesehenen Zwangsmaßnahmen würden nur die Armen und Unglücklichen treffen. Cachin trat schließlich für Sowjetrußland ein und erklärte, nicht die russische Revolution habe Frankreich verraten, sondern das russische Kaiserreich. Nach seiner Ansicht sei die Sowjetregierung entschieden friedliebend. Der Weltfriede werde erst gesichert sein, wenn die Arbeiterwelt zur Macht gelange.

Als dritter Interpellant behandelte

der rechtsstehende Abgeordnete Lacotte

die französisch-englische Politik. Briand, Loucheur und Barthou gehörten der Geschichte an. Aber im Falle einer Katastrophe gehörten sie dem Volke. (Widerspruch.) Briand habe gesagt, er hätte die Regierungsgewalt nicht übernommen, wenn er gewisse Verpflichtungen, die vorher eingegangen seien, gekannt hätte. (Ministerpräsident Briand ruft dazwischen: Das ist vollkommen falsch, und Sie wissen, daß das falsch ist!) Der Abg. Lacotte fuhr fort: Die Ergebnisse der Konferenz nenne ich **eine Mystifikation.** Die 226 Milliarden Goldmark, bezahlt in 42 Annuitäten, kämen 27 Milliarden neuen Geldes gleich. Das sei ein Stück Brot. (Allgemeine Heiterkeit.) Die Konferenz von Paris gleiche einem neuen Kassenschrank der Therese Humbert. Schließlich griff der Abgeordnete die französische und die englische Regierung an, aber erzielte, wie der Havasbericht feststellt, nur Heiterkeitserfolge.

Darauf führte

Abg. André Tardieu

aus, der Friedensvertrag von Versailles setzte die Zurückzahlung des gesamten Reparationsbetrages voraus, das Abkommen von Paris mache es unmöglich. Nach den Zahlen, die die Regierungsblätter veröffentlicht hätten, werde die Exportsteuer günstigstenfalls 84 Milliarden Goldmark ergeben, was mit den 226 Milliarden feststehender Jahreszahlungen 310 Milliarden Goldmark oder 136 Milliarden Goldfranken ausmache. Nach dem Abkommen von Spa erhalte Frankreich 52 Proz., also insgesamt 71 Milliarden. Für Pensionen gebrauche man 58 Milliarden, für die Schäden 143 Milliarden, das mache im ganzen 201 Milliarden. Frankreich müsse also das Defizit decken. Wenn man die Forderungen nicht mobilisieren könne, dann könne man eben begreifen, wie man sage, daß der Sperling in der Hand besser sei, als die Taube auf dem Dache. Tardieu prüfte sodann im einzelnen die Sicherheitsmaßnahmen und erklärte, die Finanzkontrolle sei das Plagiat des Friedensvertrages von Versailles. Wenn man, wie in dem Vertrage der vergangenen Woche, Opfer bringe, müsse man auch Kompensationen erhalten. Die erhaltenen seien Illusionen, weil sie der Vertrag von Versailles schon vorsehe. (Ministerpräsident Briand will unterbrechen, Tardieu erklärt, er wolle keine Dialoge.) Auch die Sanktionen seien schon im Vertrage vorgesehen worden. Der Vertrag von Versailles setze auch die Errichtung eines Zollsystems in den Rheinlanden fest. Tardieu kommt zu dem Schlusse, daß das Abkommen von Paris

weder neue Garantien, noch neue Pfänder

gebe, und prüft dann die Möglichkeit, die Forderungen zu diskontieren. Die Solidarität der Alliierten bereite Schwierigkeiten, solange Amerika nicht teilnehme. Man verkenne nicht die ungeheure Größe der Rolle, die England im Kriege und im Frieden gespielt habe, aber seine Männer hätten nicht dieselben Gewohnheiten zu denken, wie die Franzosen. Frankreich habe bis jetzt ein Opfer von 145 Milliarden gebracht, weil England die Herabsetzung der Forderungen für notwendig gehalten habe. Warum habe man nicht über die französische Schuld bei England, die 13½ Milliarden betrage, gesprochen? Wenn Lloyd George gesagt hätte, England habe 35 Milliarden Pensionen gezahlt, dann müsse man bedenken, daß es für Kriegsfrachten 30 Milliarden eingenommen habe. Das Abkommen von Paris werde, wenn in 15 Jahren Deutschland alles bezahlt habe, einwandfrei dahin führen, daß man die Garantie durch die Besetzung des linken Rheinufers aufgeben müsse. Der Abg. Baron ruft dazwischen: Sie wollen das linke Rheinufer ewig besetzen! Tardieu antwortete: Je nach Maßgabe, wie uns der schlechte Wille (!) der Deutschen dazu berechtigt, müssen wir die Pfänder behalten. Der Verlust dieser Garantie sei ernst. Denn alles, was Deutschland nicht bezahle, müsse Frankreich bezahlen. (Allgemeiner Beifall.) Tardieu sprach schließlich noch von der Möglichkeit der Schaffung eines Finanzkonsortiums und mußte alsdann seine Rede abbrechen, weil Ministerpräsident Briand erklärte, seine Pflichten zwängen ihn, die Sitzung zu verlassen.

Die Sitzung wurde um ½8 Uhr abends abgebrochen. Die Debatte wird morgen nachmittag 3 Uhr fortgesetzt werden.

Denkschrift über die Kohlenlieferungen.

Berlin, 4. Februar. (TU.) In der Denkschrift über die Kohlenfrage, die Staatssekretär Bergmann vor seiner Abreise von Paris überreicht hat, weist die deutsche Regierung die Unmöglichkeit einer Fortsetzung dieses Abkommens nach und macht Vorschläge über die Regelung nach dem 1. Februar 1921. Die Denkschrift weist darauf hin, daß, während die deutsche Industrie und Gesamtwirtschaft unter der Kohlennot zu erliegen droht, der Bedarf Frankreichs hinreichend gedeckt ist. Deshalb glaubt die deutsche Regierung, daß kein Grund mehr besteht, die starken Lasten des Spa-Abkommens fortzusetzen. Unter der Voraussetzung, daß sich an der Kohlenbasis Deutschlands nichts ändert, macht die deutsche Regierung folgenden Vorschlag: „Für die Dauer von sechs Monaten, vom 1. Februar 1921 ab, wird Deutschland den alliierten Mächten eine Kohlenmenge von 72 000 Tonnen arbeitstäglich liefern, was bei einem Monatsdurchschnitt von 25 Arbeitstagen 1 800 000 Tonnen im Monat ergibt."

*

London, 4. Februar. (TU.) Auf der Delegiertenkonferenz des Bergarbeiterbundes erklärte der Präsident des Bergarbeiterbundes von Südwales, James Winston, daß Frankreich einen Teil der deutschen Kohlenlieferungen an Deutschland zurückverkaufe. Nach den Bedingungen von Spa hat Deutschland jährlich an Frankreich 24 Millionen Tonnen Kohlen zu liefern. Vor dem Kriege stellte sich der britische Export nach Frankreich auf jährlich 30 Millionen Tonnen Kohle. Frankreich bezieht also 10 500 000 Tonnen mehr als vor dem Kriege, wobei in Betracht gezogen werden muß, daß die Kohlendistrikte von Lens den normalen Betrieb noch nicht wieder aufgenommen haben. Winston erklärte, er habe Informationen, wonach deutsche Kohlen von der Eisenbahn nach Frankreich gelangen und dann nach Deutschland zurückverkauft werden, ohne den Waggon zu verlassen.

Die Finanzlage Europas.

Paris, 4. Februar. Havas veröffentlicht mehrere Nachträge zu dem Bericht der Sachverständigen der Brüsseler Konferenz. Anhang 1 enthält einen Vergleich der Steuerlasten in Deutschland, Frankreich, Italien und Großbritannien. Es sei unmöglich, einen einheitlich durchgeführten Vergleich aufzustellen, aber den Sachverständigen sei es durch die Gegenüberstellung einer Reihe von Beobachtungen möglich gewesen, sich ein deutsches Bild zu machen. Bei einer angenommenen Bevölkerung von 60½ Millionen für Deutschland, 31,6 Millionen für Frankreich, 37 (?) Millionen für Italien und 46,1 Millionen für Großbritannien betrügen die Steuern und Auflagen jeder Art, regelmäßige wie außergewöhnliche, aber ausgenommen die örtlichen Auflagen: in Deutschland 3859 Millionen Mark, in Frankreich 15 471 Millionen Frank, in Italien 7400 Millionen Lire und in England 1085 Millionen Pfund Sterling. Das seien auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet für Deutschland 599 Mark, für Frankreich 390 Frank, für Italien 200 Lire und für England . . . (die Zahl ist verstümmelt. Anm. des WTB.).

Die Gesamtausgaben betragen in Deutschland 111 200 Millionen Mark, in Frankreich 47 932 Millionen Frank, in Italien 26 432 Millionen Lire und in England 1167 Millionen Pfund Sterling, oder, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnetn 1808 Mark, 1210 Frank, 714 Lire, 25 Pfund Sterling. Die innere Schuld beträgt in Deutschland 257 Milliarden, in Frankreich 212 Milliarden Frank, in Italien 77 Millionen Lire und in Großbritannien einschließlich Irland 793 Millionen Pfund Sterling. Die auswärtige Schuld beträgt in Deutschland 2500 Millionen Mark, in Frankreich 83 272 Millionen Frank, in Italien 118 450 Millionen Lire und in England 165 Millionen Pfund Sterling.

Das Betriebsbilanzgesetz.

Von Gustav Hoch.

Der Reichstag hat am Donnerstag das erste Ergänzungsgesetz zu dem Betriebsrätegesetz vom 4. Februar 1920 verabschiedet: das Betriebsbilanzgesetz.

Schon bei der Beratung des Betriebsrätegesetzes im vorigen Jahre sollten die Bestimmungen über die Bilanz, die den Betriebsräten vorzulegen ist, geregelt werden. Jedoch kämpften die bürgerlichen Parteien wie die Löwen gegen die Verpflichtung zur Vorlegung der Betriebsbilanz. Eine Verständigung hierüber kam erst so spät zustande, daß die Bestimmungen über die Betriebsbilanz verschoben werden mußten. Infolgedessen begnügte der Reichstag sich damit, in dem Betriebsrätegesetz vorzuschreiben, daß „Betrieben, deren Unternehmer zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, und die in der Regel mindestens 300 Arbeitnehmer oder 50 Angestellte im Betriebe beschäftigen," auf Verlangen den Betriebsräten alljährlich vom 1. Januar 1921 ab „nach Maßgabe eines hierüber zu erlassenden Gesetzes eine Betriebsbilanz und eine Betriebsgewinn- und -verlustrechnung für das verflossene Geschäftsjahr spätestens sechs Monate nach Ablauf des Geschäftsjahres zur Einsichtnahme vorgelegt und erläutert wird". In einem späteren Paragraphen wird hinzugefügt, daß den Betriebsräten eine den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches entsprechende Bilanz und Gewinn- und -verlustrechnung vorzulegen ist, wenn bis zum 31. Dezember das Gesetz über die Betriebsbilanz nicht zustande gekommen ist. Erst im Dezember vorigen Jahres hat das Reichsjustizministerium den Entwurf eines Gesetzes über die Betriebsbilanz und die Betriebsgewinn- und -verlustrechnung dem Reichstage zugestellt, so daß bis zum 31. Dezember vorigen Jahres das Gesetz nicht mehr fertig werden konnte. Infolgedessen hat der Reichstag unmittelbar vor den Weihnachtsferien den Tag, bis zu dem spätestens das Betriebsbilanzgesetz verabschiedet sein muß, auf den 31. Januar dieses Jahres festgesetzt. Die Folge davon ist, daß das jetzt beschlossene Gesetz bereits „mit Wirkung vom 1. Februar dieses Jahres" in Kraft tritt.

Der Entwurf hatte sich ursprünglich an den Wortlaut der oben angeführten Bestimmung des Betriebsrätegesetzes gehalten und sich mit der Vorschrift begnügt, daß die „Betriebsbilanz über das Unternehmen nach den für dieses geltenden gesetzlichen Bilanzgrundsätzen" den Aufschluß zu geben hat; das dem Unternehmen nicht gewidmete Vermögen des Unternehmers bleibt hierbei außer Betracht.

Unsere Genossen verlangten aber eine solche Erweiterung dieser Bestimmung, daß den Betriebsräten an der Hand der vorzulegenden Betriebsbilanz auch wirklich ein Einblick in die Verhältnisse des Betriebes ermöglicht wird. Sie nahmen die Anträge auf, die die Vertreter der gesamten Arbeitnehmerschaft im Reichswirtschaftsrat gestellt, aber die Vertreter der Unternehmer niedergestimmt hatten, und erweiterten diese Anträge durch Vorschläge aus den Reihen der Afa. Insbesondere forderten sie, daß die unmittelbar aus den Geschäftsbüchern gewonnenen Ergebnisse den Inhalt der Bilanz bilden sollen, und daß zur Erläuterung der Bilanz insbesondere Rohbilanzen, Inventuren, Kontokorrent-Auszüge sowie Bewertungsunterlagen der Vermögensgegenstände, ferner die Gliederung der Abschreibungen und Rückstellungen, der Betriebs- und Handlungsunkosten und der Fabrikationskosten dienen sollen.

Darüber entspann sich im sozialen Ausschuß des Reichstags eine sehr eingehende Aussprache, weil die Vertreter der bürgerlichen Parteien eine Gefährdung der Geschäftsgeheimnisse durch derartige Auskünfte befürchten. Unsere Genossen wiesen nach, daß diese Befürchtungen unbegründet, die von uns beantragten Ergänzungen aber unentbehrlich sind, wenn die Betriebsräte nicht mit nichtssagenden Zahlen abgespeist werden, sondern eine brauchbare Unterlage für ihre Tätigkeit erhalten sollten.

Erfreulich war, daß in diesem Falle die Vertreter der drei sozialistischen Parteien gemeinsam vorgingen, da sich die Unabhängigen und Kommunisten unseren Anträgen anschlossen. Die bürgerliche Mehrheit stimmte jedoch unsere Anträge nieder und begnügte sich mit zwei Erweiterungen, die aber so allgemein gehalten sind, daß sie so gut wie gar keinen Wert haben. Danach soll die Bilanz die Bestandteile des Vermögens und der Schulden des Unternehmens derart ersehen lassen, daß sie für sich allein und unabhängig von anderen Urkunden eine Uebersicht über den Vermögensstand des Unternehmens gewährt; zur Erläuterung der Betriebsbilanz soll über die Bedeutung und die Zusammenhänge der einzelnen Bilanzposten Auskunft gegeben werden.

Für die Verhandlungen der Vollversammlung des Reichstages beschränkten sich unsere Genossen auf den wichtigsten ihrer Anträge, der die Erläuterung der Betriebsbilanz näher bestimmt. Sie ließen auch den bürgerlichen Parteien keinen Zweifel darüber, daß sie die Beschlüsse des Ausschusses unter keinen Umständen als genügend anerkennen und, falls daran nichts geändert werde, gegen das Betriebsbilanzgesetz stimmen

würden. Dies veranlaßte die bürgerlichen Parteien, uns insoweit entgegenzukommen, daß sie beantragten, zu den Beschlüssen des Ausschusses die Bestimmung hinzuzufügen: die aus der Bilanz sich ergebenden Auskünfte müssen sich auf die Unterlagen der Bilanz, wie Inventar, Rohbilanz, Kontokorrent-Konto, Betriebs- und Handlungsunkosten gründen; eine Verpflichtung zur Vorlegung von Bilanzunterlagen besteht nicht. Das Letzte erläuterte der Redner der bürgerlichen Mehrheit dahin, daß sich dieses nur auf die schriftliche Vorlage bezieht, mündlich müßten über die einzelnen Unterlagen der Bilanz genaue Angaben gemacht werden. So wurde in der zweiten Lesung beschlossen, nachdem die bürgerliche Mehrheit die Verbesserungsanträge gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien abgelehnt hatte. Dabei blieb es auch in der dritten Lesung.

Unsere Fraktion stimmte schließlich für das Gesetz, da es gegenüber den handelsgesetzlichen Bestimmungen über die Bilanz einen wesentlichen Fortschritt bedeutet.

An den Betriebsräten wird es jetzt liegen, die neuen Bestimmungen zum Vorteile der Arbeiter gründlich auszunutzen und auf die dabei zutage tretenden Mängel des Gesetzes immer wieder hinzuweisen, bis wir die notwendigen Verbesserungen durchsetzen können.

Die Deutschnationalen und Kerkhoff.

Die Rolle des Herrn Helfferich.

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei veröffentlicht eine Erklärung, wonach der Abgeordnete van den Kerkhoff der Fraktion sein Reichstagsmandat zur Verfügung gestellt hat. Die Fraktion sieht aber keinen Anlaß (!), von dem Angebot des Abgeordneten auf Mandatsniederlegung Gebrauch zu machen. Einem Strafverfahren gegen Kerkhoff werde aber die Fraktion keine Hindernisse in den Weg legen, sondern im Fall einer Strafverfolgung Aufhebung der Immunität beantragen.

Die deutschnationale Presse stellt sich natürlich in geschlossener Phalanx schützend vor den Mann der verschwundenen Steuerakten und abgerissenen Amtssiegel. Ein Mann, dessen Belastungsmaterial zur rechten Zeit spurlos verschwindet, und der selber durch Entfernung amtlicher Siegel nicht gerade den Anschein erweckt, als ob er daran unbeteiligt sei, ist selbstverständlich ein Ehrenmann nach dem Herzen der Helfferich und Genossen, die nur die Rettung Deutschlands vor Schieberei und Korruption im Auge haben, — solange diese nicht etwa von Kreisen der Deutschnationalen Partei ausgeht.

Herr van den Kerkhoff selber hat ja einmal den Versuch gemacht, Helfferichsche Lorbeeren zu erwerben. Aber dabei ist ihm ein kleines Unglück passiert. Als er nämlich seine kleine Anfrage wegen des „Cahn-Vertrages" der Deutschen Werke stellte, da stellte sich heraus, daß kurz zuvor eine Konkurrenzfirma der Firma Cahn, die Firma Wagner u. Englert in Mettmann, an die Deutschen Werke geschrieben hatte, wenn sie — die Firma Wagner u. Englert — nicht die der Firma Cahn zugedachten Aufträge erhalte, dann werde sie das Verfahren der breitesten Oeffentlichkeit übergeben und „unser Direktor, Herr Reichstagsabgeordnete van den Kerkhoff" werde die Sache weiter behandeln. Diese Drohung hat nichts genützt, die Firma Wagner u. Englert bekam den Auftrag nicht, und — siehe da — es kam die Kerkhoffsche Anfrage im Reichstag. Herr van den Kerkhoff hat in einer Berichtigung an uns bestritten, Direktor der Firma Wagner u. Englert gewesen zu sein, und sogar gegen einen unserer Redakteure die Beleidigungsklage angestrengt. Er hatte den Mut dazu, trotzdem er voraussetzen mußte, daß auch wir davon Kenntnis hätten, daß er zwar nicht Direktor der Firma Wagner u. Englert ist, wohl aber Direktor des Stahlwerks „Krone" sei, dessen Besitzer eben besagter Wagner in Mettmann ist! Wir stellen fest, daß der aufrichtige van den Kerkhoff diesen kleinen Umstand in seiner Berichtigung ganz und gar verschwiegen hat. Wir stellen ferner fest, daß die kleine Anfrage des Herrn van den Kerkhoff erfolgt ist, nachdem eine Firma, mit der er geschäftlich auf das engste liiert ist, zu geschäftlichen Konkurrenzzwecken mit dieser Anfrage gedroht hat. Das dürfte wohl dasselbe sein, was Helfferich im Erzberger-Prozeß als die Verquickung geschäftlicher mit parlamentarischer Tätigkeit bezeichnet hat, nur mit dem Unterschiede, daß diese Verquickung alles übersteigt, was Helfferich Erzberger je vorgeworfen hat, daß aber Helfferich gerade umgekehrt wie im Falle Erzberger sich durchaus nicht bewogen fühlt, hier den Ankläger zu spielen, sondern im Gegenteil noch von dem Finanzminister Ehrenerklärungen für seinen Fraktionsgenossen van den Kerkhoff verlangt hat. Man kann daraus ermessen, von welcher Größe der sachliche Idealismus des Helfferich ist und welche Berechtigung er hat, sich als einen Vorkämpfer gegen die Korruption zu bezeichnen.

Der fromme „Reichsbote" erscheint — ausgerechnet heute — mit einem Leitartikel aus der Feder des Abgeordneten van den Kerkhoff. Das fromme Blatt, das bisher so erstaunlich über Korruption spektakelt hat, dürfte sich darauf berufen, daß auch Christus mit Zöllnern zu Tisch gesessen habe. Aber es dürfte auch wissen, daß derselbe Jesus Christus nach den Berichten seiner Jünger gewisse Mitbürger schimpflich aus dem Tempel jagte.

Eine Milliarde für Erwerbslose.

Der Hauptausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Freitag zunächst mit der Beratung des Nachtragsetats des Verkehrsministeriums. Der Vertreter des Ministeriums erklärte: In dem Betrage für Wasserstraßenvorarbeiten sind 250 000 Mark für die Entwürfe einer Verbindung der Weser mit dem Main und zwar über die Werra oder Fulda enthalten. Dieser Geldbetrag bildet zwei Fünftel des Gesamtbedarfes, die übrigen drei Fünftel werden von dem Lande Preußen und dem Werra-Kanal-Verein aufgebracht. Das Vorarbeitsamt ist bereits in Eisenach eingerichtet. Der Nachtragsetat des Verkehrsministeriums wurde vom Hauptausschuß genehmigt.

Es folgt eine Debatte über den Nachtragsetat des Reichsministeriums des Innern, an der sich die Abgg. **Hoch** (Soz.), **Stücklen** (Soz.) und Staatssekretär **Lewald** beteiligten. Bei der Behandlung des Ergänzungsetats des Reichsarbeitsministeriums begrüßt Abg. **Hoch** (Soz.), daß die Gelder der produktiven Erwerbslosenfürsorge auch zur Ausbesserung von Wohnungen verwendet werden. In dieser Weise soll in möglichst vielen Orten vorgegangen werden. Wo ungenügendes Entgegenkommen einzelner Unternehmerverbände die zweckmäßige Verwendung vereitele, müssen diese Verbände ausgeschaltet werden. Ein verständiges Entgegenkommen in dieser wichtigen und dringlichen Angelegenheit ist auf allen Seiten unerläßlich. Abg. **Höllein** (U. Soz.) fordert ein energisches Eingreifen der Reichsregierung gegen diejenigen Arbeitsunternehmerorganisationen, die der produktiven Erwerbslosenfürsorge Widerstand leisten. — Ministerialrat Dr. **Weigert** (Reichsarbeitsministerium): In dem Aufwand von einer Milliarde an Reichsmitteln für die Erwerbslosenfürsorge stecken 600 Millionen für die unterstützende und 400 Millionen für die produktive Erwerbslosenfürsorge. Für Wohnungsumbauten und Reparaturen sind zunächst in Groß-Berlin 9 Millionen Mark aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge bereitgestellt worden. Das gleiche soll auch für andere Bezirke mit großer Erwerbslosigkeit geschehen. In Groß-Berlin sind diese Mittel bisher nicht so stark in Anspruch genommen, wie wir es gewünscht hätten. Das liegt zum Teil daran, daß Mieter und Vermieter für den Rest der Kosten herangezogen werden müssen und sich vielfach nur schwer dazu bereitfinden. Daneben zeigen aber auch die Arbeitgeber eine Zurückhaltung gegenüber diesen Mitteln, deren Gründe wir noch bemüht sind aufzuklären.

Der Hauptausschuß bewilligte hierauf eine Milliarde Mark für unterstützende und produktive Erwerbslosenfürsorge. Angenommen wurde ferner ein allseitig unterstützter Antrag, zur Förderung des Wohnungsbaues an die Länder Vorschüsse in Höhe von 1½ Milliarden Mark zu geben.

Die Verdrängten.

Nachdem den Interessenvertretern der aus früherem Reichsgebiet verdrängten und dadurch geschädigten Deutschen in der letzten Sitzung Gelegenheit gegeben war, ihre Wünsche zu dem Verdrängungsschädengesetz vorzutragen, trat der 24. Unterausschuß des Reichstages gestern in die Sonderberatung des Gesetzentwurfs ein. Bei Beratung des § 1 des Entwurfes wurde von verschiedenen Parteien die Frage der Entschädigung der Saardeutschen aufgerollt. Ministerialrat **Stiller** erwiderte, daß die Angelegenheit der Saardeutschen nicht in das Gesetz hineingezogen werden dürfe, daß vielmehr für die Saardeutschen im Wege der Verwaltung das erforderliche geschehen müsse. Die Antwort genügte den Parteien nicht, und es wurde ein Antrag **Brüningshaus** (D. Vp.) angenommen, der dahin ging, die Reichsregierung zu ersuchen, bis zum Abschluß der Beratungen des Ausschusses über die Entschädigungsgesetze einen bestimmten Plan über die Entschädigung der aus dem Saargebiet verdrängten Deutschen vorzulegen. Zu § 2 des Gesetzentwurfes wurde ein Antrag angenommen, auch den Schaden zu ersetzen, der durch die Internierung vertriebener Deutscher entstanden ist.

Der 24. Ausschuß des Reichstages setzte Donnerstag die Beratung des Entwurfes des Verdrängungsschädengesetzes fort. § 2 des Regierungsentwurfs wird mit dem Zusatz, daß auch durch Internierung entstandene Schäden ersetzt werden sollen, angenommen. Ein Vertreter des preußischen Landwirtschaftsministeriums berichtet über die Lage der deutschen Ansiedler in den ehemaligen Provinzen Westpreußen und Posen. Von den vereinigten Koalitionsparteien wird ein Antrag zu § 5 Nr. 4 eingereicht, bei Erwerbsverlust das durchschnittliche Reineinkommen der letzten zwei Vorkriegsjahre zugrunde zu legen und für die Zeit der Verdrängung bis zum 31. Dezember 1919 den zweifachen Betrag des obigen Durchschnittseinkommens zu gewähren. — Abg. **Laverrenz** (Dnat. Vp.) verlangt auch für die geschädigten Kolonialdeutschen einen Ersatz für Erwerbsverlust. — Abg. **Seidel** (U. Soz.) weist darauf hin, daß die Entschädigung verschleppter wehrpflichtiger Elsaß-Lothringer gegenüber solchen Elsaß-Lothringern, die ihrer Wehrpflicht hätten genügen müssen, eine Ungerechtigkeit bedeutet. Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums äußert Bedenken gegen eine Erweiterung des Regierungsentwurfes. — Die Weiterberatung ist bis nach den Ferien vertagt.

Eine Verständigung.

Zwischen Deutschland und Großbritannien schwebte ein Schiedsgerichtsverfahren über die Frage, ob Engländer, deren Besitz in Deutschland beschlagnahmt worden war, die Wiedergabe der Sachen in Natura verlangen könnten. Deutschland hatte sich auf den Standpunkt gestellt, daß ein solches Recht nur Bürgern derjenigen Staaten zustehe, die nicht eine allgemeine Beschlagnahme deutschen Eigentums vorgenommen hatten. Die britische Regierung hat jetzt im Gegensatz zu ihrer früheren Haltung diesen deutschen Standpunkt als gerechtfertigt anerkannt und auf die schiedsgerichtliche Entscheidung verzichtet.

Wieviel wäre uns erspart geblieben, wenn auch schon frühere und bei anderen Anlässen so vernünftig gehandelt worden wäre! Und wenn auch in der Gegenwart und Zukunft so vernünftig gehandelt würde.

Deutscher Reichstag.

66. Sitzung. Freitag, den 4. Februar 1921, vormittags 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst kleine Anfragen.

Abg. Dr. **Mumm** (Dnat.) beschwert sich über die Haussuchungen wegen einer angeblichen Verschwörung, die im Siegerland bei Mitgliedern der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ohne Gerichtsbeschluß und ohne Anweisung der Staatsanwaltschaft vorgenommen worden seien. Er fordert Genugtuung und ein entsprechendes Vorgehen gegen den Regierungspräsidenten. — Die Regierung erklärt dazu, daß der preußische Minister des Innern noch nicht über die Angelegenheit berichtet habe. — Zu dem Fall der Verfolgung eines Deutschamerikaners durch amerikanische Detektivs auf deutschem Gebiet in Eberbach am Neckar — Anfrage der Deutschen Volkspartei — teilt ein Regierungsvertreter mit, daß die amerikanischen Behörden durch eine Entschuldigung zum Ausdruck gebracht haben, daß es sich hier um eine völkerrechtswidrige Verletzung deutschen Gebietes handelt. Die Haftentlassung der beteiligten Detektivs ist den Amerikanern unter Hinweis auf die deutschen Gesetze abgelehnt worden. Es sollen Vorkehrungen getroffen werden, um eine Wiederholung einer so außerordentlichen Verletzung der deutschen Hoheitsrechte unmöglich zu machen.

Die Sitzung dauert fort.

Erlaß gegen die Tanzwut. Ein Erlaß des preußischen Ministers des Innern an die Polizeibehörden wendet sich gegen Tanzvergnügungen und Karnevalsustbarkeiten in dieser schweren Zeit, sieht aber aus wirtschaftlichen Gründen von einem allgemeinen Verbot ab.

Warum?

Er sagte, indem er ihr einen kleinen Strauß blasser Strohblumen überreichte, die wie Schmetterlinge auf einer Wiese anzuschauen waren: „Diese Blumen sind das Sinnbild der Güte. Wir wollen immer gut zueinander sein. Gut sein ist alles." Sie neigte den Kopf tief über die Blumen und weinte. Schämte sich, hob den Kopf und lächelte. Er nahm ihren Kopf in beide Hände, küßte sie und wiederholte: „Gut sein ist alles. Wenn wir immer gut zueinander sind, dann wird alles gut." Das war ihre Verlobung, und alle priesen den guten Mann, den sie einmal haben werde. Das Paradies schien auf die Erde zurückgekehrt zu sein. So war es bis zu der Verheiratung und darüber hinaus.

Wie es anfing, das wußte keiner. Aber eines Tages schlug er mit der Faust auf den Tisch und sie weinte. Er konnte keinen Menschen weinen sehen, und so schlug er noch heftiger auf den Tisch und brüllte sie an. Später tat ihm das leid, er war zärtlich und mit der Versöhnung schien das Paradies noch einmal auf die Erde zurückgekehrt. Aber nun zankten sie öfters, und da sie ihr Haus sehr nahe am Wasser gebaut hatte, wurde er immer gröber. Und eines Tages kehrte das Paradies nicht mehr auf die Erde zurück. Haß klopfte an, ihm war, als zerre er an Ketten, die er ständig mit sich herumschleppen müsse. „Mit einem Waschlappen kann man unmöglich in Güte auskommen," dachte er. „Mit einem so rohen Menschen ist die Ehe unerträglich," sie. Es dauerte nicht lange und er schlug sie. Nun war das Leben wirklich unerträglich. Er verbrachte die Abende in Spelunken und Schenken. Sie saß über einem kümmerlichen Kind und weinte.

Da trat ein Ereignis in sein Leben. Er lernte ein Mädchen kennen, sanftmütig und voller Güte. Dunkel zog Erinnerung an alte Tage in ihm auf. Alle Güte, die das Leben zerschlagen zu haben schien, brach auf. Es war eine Wehmut darin, die alles noch süßer machte. Er brannte. Und dachte: „Ja wärst du mit jener verheiratet!" Bitterkeit nagte. Dann auf einem Frühlingsausflug zu zweien: die Sonne schien, Lerchen jubelten und die Wiesen voll bleuer Strohblumen. Er brach eine, nestelte sie an ihrer Bluse fest und, indem die Finger eifrig waren, das Mädchen zu schmücken, sagte er überwältigt, während ihre Augen feucht vor Rührung wurden: „Diese Blume ist das Sinnbild der Güte. Gut sein ist alles. Wenn wir nur immer . . ." Hier stockte er, wurde bleich. Starrte in sich hinein . . . und plötzlich sah er klar die andere, der er dasselbe auch einmal gesagt, die er geheiratet hatte und die . . . Warum konnten sie nicht mehr gut zu einander sein?

Warum?

Dorian.

Carl Hauptmann gestorben. Carl Hauptmann ist einer Meldung des „Boten aus dem Riesengebirge" zufolge auf seiner Besitzung in Schreiberhau im Alter von 63 Jahren gestorben. Als Carl Hauptmann mit seinen ersten literarischen Arbeiten hervortrat, war er schon über die Mitte der dreißiger Jahre hinaus. Zuvor war er als Philosoph, und zwar als Schüler des Erkenntnistheoretikers Avenarius tätig gewesen und hatte eine Abhandlung über die Metaphysik in der modernen Philosophie geschrieben. Seine ersten Dramen „Marianne" (1894) und „Waldleute" (1895) sowie sein Schauspiel „Ephraims Breite" schienen zunächst unter dem Einfluß seines Bruders Gerhart Hauptmann gewachsen, er selbst der getreue Schüler seines Bruders und ausgesprochener Naturalist zu sein. In seiner nächsten Veröffentlichung „Aus meinem Tagebuch" erwies er sich als Lyriker von feiner Empfindung und starker Stimmungskraft. Er rückte in diesem Buche auch von dem Naturalismus, dessen Vorzüge im einzelnen er nicht unterschätzte, ab und bekannte sich zur großen Linie, die mit den tausend kleinen Ornamenten Schluß machen wollte. Er sah auch das Wesen des Dramas in den Taten und nicht in den Worten und erkannte die Berechtigung der Ideen im Drama an. Seine weiteren Werke bewegten sich in diesem Rahmen. Mochte auch die Sprache noch naturalistisch bleiben und die Figuren aus dem Alltag genommen sein, so war doch ein stärkerer dramatischer Auftrieb darin. Für seine dramatische Dichtung „Die Bergschmiede" (1902) bekam er den Volks-Schillerpreis. Mehr noch entwickelte er die Eigenart seines künstlerischen Schaffens in seinen Erzählungen. Kleinere Werke enthielt der Band „Aus Hütten am Hange". Das Leben einer armen Frau zeichnete er in seinem Roman „Mathilde". Das letzte große Werk Carl Hauptmanns war sein Roman „Einhart der Lächler", worin er ein Künstlerleben von seinen frühesten Anfängen bis zu seinem tragischen Ausgange darstellt.

Descartes als Pazifist. In der Universitätsbibliothek Upsala hat der schwedische Student Johann Nordström das Manuskript eines Balletts von Descartes gefunden. Es soll laut „Temps" demnächst in Frankreich erscheinen. Obwohl der große Philosoph in jungen Jahren Neigung für die Dichterkunst zeigte, ist das Ballett wohl die einzige Arbeit, die er im Auftrage der Königin Christine von Schweden verfaßte. „Die Geburt des Friedens" betitelt, ist es eine Verherrlichung des Friedens, den Pallas Athene den Menschen bringt. Descartes zeigt sich darin als ausgesprochenen Pazifisten.

Ein neuer Puccini. Im Hamburger Stadttheater fand am 2. Februar, wie wir bereits kurz meldeten, die deutsche Uraufführung dreier Einakter von Giacomo Puccini statt. Der neue Puccini teilt sich in eine dramatische Szene „Der Mantel", Text von Adami, die ein wenig nach Kientopp aussieht, aber durch seine dramatische Spannung und eine gefällige, echt Puccinische Musik wirkte. Es folgt eine etwas kethoßisch-pietistisch anmutende Angelegenheit „Schwester Angelica", Text von Forzano, die eine tiefe mystische Stimmung verbreitete und wohl das musikalisch und dichterisch stärkste der drei Teile enthält. Den Schluß bildet ein lustiger Versuch „Gianni Schicchi", Text von Forzano, der wohl etwas Neues buffoartiges hinstellen soll, aber auf die deutsche Art noch nicht wirkt. Die Aufführung im Hamburger Stadttheater war mit vieler Sorgfalt vorbereitet und eine ganz ausgezeichnete, die den Regisseur Direktor Loewenfeld und die Träger der Hauptrollen Herren Günther, Buers, Groenen und die Damen Montes und Ader sowie das brillante Orchester lobte. Der Eindruck war (in der Generalprobe) nach dem ersten Teil stark und führte zu spontanem Beifall, nach dem zweiten Teil etwas befangen und blieb zuletzt ungewiß. Eine Zukunft haben die Einakter neben „Bohème", „Tosca" und „Butterfly" kaum. B...r.

Die Bücher sollen wieder feste Preise haben. Vertreter des Deutschen Verlegervereins und der Verlagsgruppen haben in Berlin folgende Entschließung angenommen: 1. Der Verlag erklärt sich grundsätzlich für Aufhebung der Notstandsordnung und Wiederherstellung des festen Ladenpreises. 2. Die von der Buchhändlergilde (der Organisation des Sortiments) vorgeschlagene Festlegung allgemein gültiger Bezugsbedingungen lehnt der Verlag ab. Ferner beschloß die Versammlung, beim Börsenverein einen Antrag auf Aufhebung der Valutaordnung zu stellen.

Mit diesen Beschlüssen hat sich die Verlegerorganisation auf den Boden der Forderungen gestellt, die der Schutzverband deutscher Schriftsteller erhoben hatte. Der Wiederherstellung des festen Ladenpreises und dem Abbau der Sortimenterzuschläge hatte der Sortimentsbuchhandel wohl zugestimmt, aber auf der anderen Seite einen höheren Rabatt vom Verlage gefordert, wogegen der Schutzverband von vornherein Einspruch erhoben hatte.

Ein Schweinhund. Der „Schweinhund" ist ein Fabeltier, das eigentlich nur im Bereich der Schimpfworte eine große Rolle spielt. Den Amerikanern blieb es vorbehalten, einen wirklichen „Schweinhund" aufzufinden, nämlich ein Schwein, das mit Jagdhunden zusammen hinter dem Wild her ist. Diese erstaunliche Nachricht wird in amerikanischen Blättern aus Pennsylvanien berichtet. Ein junges Schwein hatte hier mit einer Koppel Fuchshunde Freundschaft geschlossen. Als nun eines Morgens der Jäger seine Hunde zählte, um sie auf die Jagd mitzunehmen, fand er zu seinem größten Erstaunen, daß sich die Koppel um ein Mitglied vermehrt hatte, und zwar um das Schwein, das von den Hunden nicht fortzubringen war. Dieser merkwürdige „Schweinhund" blieb während der ganzen Jagd bei den Hunden und ließ sich nicht verscheuchen. Man hat ihm daher gestattet, bei den Fuchshunden zu bleiben und hofft, daß es sich zu einem tüchtigen „Schweinhund" entwickeln wird. — Sollte es nicht nur ein Jägerlatein, sondern auch ein Jägeramerikanisch geben?

Rudolf Christians gestorben. Der bekannte deutsche Schauspieler und Theaterleiter in New York Rudolf Christians ist gestorben. Christians Bühnenlaufbahn begann am Deutschen Volkstheater in Wien. Die zweite Stufe seines Aufstiegs und seiner Wirksamkeit war Berlin. Dann wanderte er als Gast durch ganz Deutschland, wie seine bewegliche Natur Seßhaftigkeit überhaupt nicht liebte. Schließlich wurde ihm Amerika eine Heimat, in der er große Triumphe feierte. Während er in der ersten Hälfte seiner Künstlertätigkeit jugendliche Helden bevorzugte, widmete er sich später ganz dem Fach des Charakterwesens.

Weißenseer Kommunistenprozeß.

Vor dem außerordentlichen Gericht des Reichswehrgruppenkommandos I begann heute morgen in Moabit der neue Prozeß gegen fünf Personen, die unter dem Verdacht stehen, einer verbotenen militärischen Organisation, der sogenannten „Kampforganisation" der K.P.D. angehört zu haben. Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Schmidt-Lanke, während Staatsanwaltschaftsrat Ramien die Anklage vertrat. Angeklagte sind der Monteur Karl Ziegler, Martin Conrad, Hermann Logé, Erich Laudien und Paul Arndt.

Nach Beginn der Verhandlung entspann sich wieder eine lange Debatte zwischen den Verteidigern Justizrat Broh und Justizrat Fränkel einerseits und dem Gericht andererseits über die Zuständigkeit dieses Sondergerichts. Nach längerer Beratung erklärte sich das Gericht für zuständig.

Dann wurde in die Verhandlung eingetreten und mit der Vernehmung der Angeklagten begonnen. Bis auf Ziegler sind sämtliche Angeklagten arbeitslos und unbestraft. Arndt und Laudien gaben an, der K.A.P.D. anzugehören, während Ziegler auf die Frage, welcher Partei er angehöre, die Auskunft verweigerte und Conrad erklärte, daß er

„mal hier, mal da sei".

Dann verlas Staatsanwaltschaftsrat Ramien die Anklage. Er schilderte noch einmal die Kampforganisation der Kommunistischen Partei. Dem Angeklagten Ziegler wird zur Last gelegt, daß er die militärischen Exerzitien der Weißenseer K. O. geleitet, Uebungsmärsche nach dem Tempelhofer Feld und Spandau und Maschinengewehrübungen auf dem Rennbahngelände in Weißensee geleitet habe. Ziegler habe auch für das Maschinengewehr der Weißenseer K. O. ein Stativ gebaut und zusammen mit Michaelis die Waffe eingeschossen. Bei einer dieser Uebungen wurden die Mitglieder der K. O. von zwei Wächtern der Rennbahn überrascht. Die Kommunisten entwaffneten diese beiden Leute und nahmen die Gewehre an sich, die später in der Wohnung des früheren Angeklagten Jilinski gefunden wurden. Ziegler soll das

Unternehmen am 19. August

vorigen Jahres geleitet haben, bei dem die Kommunisten versuchten, das Waffenlager auf dem Laubengelände an der Grellstraße auszuheben. Aller Wahrscheinlichkeit nach habe Ziegler bei dem Feuergefecht mit den beiden Polizeibeamten Schwedowski und Togel den tödlichen Schuß auf den erstgenannten Beamten abgegeben. Das deswegen eingeleitete Verfahren mußte jedoch wegen Mangels an Beweisen eingestellt werden. Die anderen Angeklagten sollen als Gewehrträger an dem versuchten Waffendiebstahl in der Missionslaube beteiligt gewesen sein.

Der Angeklagte Karl Ziegler erklärt hierzu, daß er sich erst nach dem Kapp-Putsch einer politischen Partei angeschlossen habe. Welcher, wolle er nicht sagen. Von einer Kampforganisation habe er zuerst durch die Presse und beim Untersuchungsrichter gehört. Alles, was darüber mit ihn in Verbindung gebracht worden wäre, sei Unsinn. — Die übrigen Angeklagten bestreiten ebenfalls jegliche Beteiligung an einer K.O., sowie auch nur die Kenntnis von einer solchen, auf das entschiedenste. Sie hätten weder an Uebungen, noch an dem Unternehmen selbst teilgenommen. Der Angeklagte Laudien erklärt, er sei wohl an dem Tage, an dem das Maschinengewehr auf der Rennbahn eingeschossen worden sei, in der Nähe dieses Geländes gewesen, aber nur, um Kohl zu stehlen.

Dann wurde in die Beweisaufnahme eingetreten.

Groß-Berlin

Filmbörse.

Ein langgestreckter Saal des „Colosseums" ist fast bis zum letzten Platz gefüllt und auch auf den Galerien sind viele Plätze besetzt. Die Zahl der Anwesenden, unter denen die Damen stark vertreten sind, dürfte auf über Tausend zu schätzen sein. Abgesondert von den Erwachsenen sitzen „Backfische" und „Boys", die als unentbehrlich für das Kino angesehen werden. Auch diese warten, wie alle anderen auf ein Engagement.

Auf der Galerie hocken echte Söhne der farbigen Völkerrassen, Japaner, Chinesen, Neger, Türken, Sudanesen usw. Sie treten als Magier, Fakir, Schlangenbändiger oder in ähnlichen Rollen auf, dazwischen die sehnigen Gestalten der Cowboys und Reitkünstler, für die von den Unternehmern flinke Pferde beschafft werden müssen. Junge und ältere Damen in prächtiger Garderobe vervollständigen das bunte Bild.

Ich lasse mir aus weiblichem Munde erzählen: „Wir werden gewöhnlich nur für eine Darstellung angenommen und dann haben wir noch Glück. Oft, sehr oft müssen wir hierauf vergeblich warten. Man verlangt von uns, daß wir in guter, möglichst geschmackvoller Garderobe erscheinen sollen. Aber woher sollen wir diese nehmen? Es ist ein bitteres Brot, was uns der Beruf gewährt." — „Ja, das ist es", bekräftigt ihre am gleichen Tisch sitzende jugendliche Kollegin, „das große Publikum weiß gar nicht, wie schwer wir zu kämpfen haben, um uns durchzuringen. Es sind leider so viele, die eine geregelte Stellung an der Bühne haben und nur nebenberuflich im Film wirken. Das ist eine harte Konkurrenz."

Ich wende mich den Herren zu. Der erste, den ich befrage, erklärt mir: „Ich war Opernsänger in den Rollen als Held und Liebhaber, verlor aber meine Stimme und bin nun auf das Kino angewiesen. In den letzten 2 Monaten bin ich nur viermal engagiert worden, jedesmal für einen Tag. Es werden 50 bis 100 Mark bezahlt, damit durchzukommen ist nicht möglich." — Weitere Fragen ergeben ein ebenso trübes Resultat über die Erwerbsverhältnisse der Kino-Darsteller. — „Die großen Sterne verdienen 2000 bis 4000 M., manchmal schon in einer Stunde," sagte man mir, „während wir im günstigsten Falle bis 100 M. erhalten und auch sowieso nur, wenn wir in tadelloser Garderobe erscheinen können." „Und die Farbigen?" fragte ich weiter. „Diese fordern 150 M. und halten hieran fest."

Plötzlich entsteht eine lebhafte Bewegung im Saal. Die Börsenleitung, eine aus 10 Mitgliedern, je 5 Regisseuren und Darstellern paritätisch zusammengesetzte Kommission, beginnt mit den Engagements. Das geschieht, indem die beauftragten Herren solche Personen im Saal aufsuchen, die sich als Darsteller für die zu besetzenden Rollen eignen. Mit diesen wird eine entsprechende Vereinbarung getroffen. Nachdem die verlangten Darsteller engagiert waren, wurden am Schluß noch 500 Personen für eine Massendarstellung gegen eine geringere Vergütung verlangt. . . .

Phantasien um die Straßenbahn.

In der „B. Z." des Ullsteinverlages, wo immer die neuesten Ideen auftauchen und zurechtgemacht werden, weiß Herr Elsberg zu berichten, daß in Anbetracht der ungünstigen wirtschaftlichen Lage der Berliner Straßenbahn gewisse „Entstadtlichungspläne" schweben.

So denkt man an die Rückführung der Straßenbahn, wenn auch nicht völlig in die private Hand, so doch in gemischtwirtschaftliche Verhältnisse. Zu diesem Zweck seien bereits mit führenden Industriekreisen Verhandlungen angebahnt worden, über deren Erfolg sich im Augenblick allerdings noch nichts sagen läßt. Man rechnet auch mit der Möglichkeit, daß die Reichsregierung zur Sanierung der Straßenbahn Mittel zur Verfügung stellen würde. Daneben tauchen, wenn auch vorläufig noch in weiter Ferne, bereits gewisse Auslandskombinationen auf, d. h., es ist nicht ausgeschlossen, daß ausländische Industrie-Gesellschaften für „billiges" Geld ein Interesse an der Straßenbahn nehmen.

Vorsichtigerweise fügt Elsberg hinzu, daß bei diesen Plänen einstweilen die Phantasie eine große Rolle spiele. Aber wenn er, wie er selbst sagt, sich „noch kein rechtes Bild" von diesen Plänen machen kann, warum setzt er sie dann dem sensationslüsternen Bürgertum so brühwarm vor? Doch von wegen „Groß-Berlin" und dem „Roten Magistrat", dem man damit wieder eins auswischen kann. Es ist zum mindesten sehr leichtfertig, seiner Phantasie auf Grund der unmaßgeblichen Phantasien anderer so die Zügel schießen zu lassen.

Fortdauernd Aufhebung nächtlicher Spielklubs.

Obwohl die Polizei mit aller Energie gegen die Veranstalter von Glücksspielen vorgeht, tauchen die nächtlichen Spielklubs immer wieder auf. Auch in Lokalen werden vielfach Glücksspiele stillschweigend geduldet, wodurch sich die Gastwirte der Bestrafung aussetzen. Gestern wurden bei dem Schankwirt Gustav Wiede in Neukölln, Mareschstraße 19, mehrere Personen bei „Schlesischer Lotterie" überrascht. Zwei Männer, die sich nicht ausweisen konnten, mußten zur Wache mitgehen. — In der Wohnung einer Frau W. in der Goethestraße überraschte man in der vergangenen Nacht 15 Personen beim Spiel. Der Veranstalter der nächtlichen Vergnügung war ein Herr von L. — Im Hause Augsburger Str. 74 wurde ein Spielklub ausgehoben, der aus 11 Personen bestand.

Großfeuer in einer chemischen Fabrik.

Wegen eines sehr gefährlichen Brandes wurden gestern abend die Feuerwehren von Berlin und Charlottenburg nach Plötzensee alarmiert. Es wurden mehrere Löschzüge entsandt. Am Königsdamm brannten in einer chemischen Fabrik von Dr. Schliemann Teer- und Asphaltdestillate unter starker Entwicklung von Dämpfen und fortlaufenden explosionsartigen Entzündungen. An eine Löschung mit Wasser war nicht zu denken und mit Sand war auch nicht an den Brandherd heranzukommen. Es blieb somit nichts weiter übrig, als das Feuer zu beobachten und die angrenzenden Gebäude zu schützen. Personen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Entstehung des Brandes ist auf die Entzündung einer sogen. Teerblase durch starke Entwicklung von Teerdämpfen zurückzuführen. — Der 7. Löschzug wurde nach dem Baltenplatz, Berlin O., alarmiert. Dort war ein Gespann durchgegangen und hatte viel Unheil angerichtet. Zwei schwerverletzte Personen brachte die Wehr nach dem Krankenhaus am Friedrichshain.

Zu den Vorgängen im Mieteinigungsamt Neukölln (vgl. Nr. 52) äußert sich einer Zuschrift an uns jetzt auch der Neuköllner Magistratsassessor Brumby, Leiter der Zentrale der Mieteinigungsämter. Er wiederholt die schon von uns (in Nr. 55) gebrachte Angabe, daß der Beschluß auf allgemeine Festsetzung des Mietzuschlags mit 30 Proz. der Friedensmiete von einer paritätisch aus je 5 Beisitzern der Mieter und der Vermieter zusammengesetzten Spruchkammer durch Mehrheitsbeschluß gefaßt worden ist. Die Pflicht, vor der Entscheidung den Antragsgegner zu hören, sei beachtet worden, da der Beschluß ausdrücklich die Mieter von der Entscheidung ausnimmt, die sich anhören lassen wollen und deshalb binnen einer Woche nach Zugang der Entscheidung den Einwand einer besonderen wirtschaftlichen Notlage erheben. Wenn der Vermieter nicht die verlangten Reparaturen ausführt — nur unter der Bedingung, daß er bis 9 Proz. der Höchstmiete für dringend nötige Reparaturen aufwendet, ist der Zuschlag von 30 Proz. ihm bewilligt —, so ist die Steigerung ohne weiteres hinfällig. Der Begriff der unbedingt nötigen Reparatur ist eng gezogen (Neuanpeizerung gehört nicht dazu, aber Tapetenausbesserung), damit die von allen Mietern bedingt zu zahlenden 9 Proz. nicht willkürlich für Herrichtung einer beliebigen Wohnung verwendet werden. Ausdrücklich ist ausgesprochen, daß die Verpflichtung des Vermieters zur zeitgemäßen Instandhaltung der Mietsache unberührt bleibt, auch wo nach dem Vertrag der Mieter an sich reparaturpflichtig ist.

Die Gemeinde Mariendorf als Kohlenhändler. Mariendorf wird vom 1. April d. J. ab den Kleinhandel mit Kohlen betreiben. Zweck der Einrichtung ist, erstklassige Kohlen billig und pünktlich zu liefern. Richtiges Gewicht wird garantiert. Genossen, meldet Euch daher spätestens bis zum 10. d. M. im Gemeindeladen, auf der Feuerwache oder im Rathause, Zimmer 13, zur Kundenliste an und unterstützt dadurch die von unseren Vertretern beschlossene neue Gemeindeeinrichtung nach besten Kräften!

„Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Freitag, den 4. Februar, abends 7½ Uhr:

Britz. Jugendheim, Schule Chamissestr. 132. Mitgliederversammlung. — **Gesundbrunnen.** Jugendheim, Schule Gotenburger Str. 2. Mitgliederversammlung. — **Mahlsdorf.** Schule Waldarbeiterstraße. Mädchenabend. — **Moabit.** Badenser Straße 21. Vortrag: Die politische Entwicklung des Deutschen Reiches. — **Neukölln.** Hagelstr. 31. Vortrag: Unsere Stellungnahme zur Politik. — **Nordosten.** Pestalozzistraße, Realgymnasium, Mitgliederversammlung. — **Petersburger Viertel.** Jugendheim Straßmannstr. 6. Mitgliederversammlung. — **Pankow.** Wollankstr. 131. Vortrag: Bilderon. — **Reinickendorf-Ost.** Lokal Samuel Kaufmann, Seestraße, Ecke Elgierstraße. Mitgliederversammlung. — **Rosenthaler Vorstadt.** Schule Strelitzer Straße 41/43. Mitgliederversammlung. — **Weißensee.** Jugendheim, Wilhelmpromenade 1, Ledigenheim. Vortrag: Schiffsbrand auf hoher See.

Sport.

Die gestrigen Boxkämpfe im Zirkus Busch endeten mit vollem Siege für den holländischen Schwergewichtsmeister Piet Vanderveer gegen den italienischen Schwergewichtsmeister Giuseppe Spalta in der 10. Runde. Im Kampfe Wiemann-Berlin gegen Kaufmann-Amerika siegte Wiegand in der 4. Runde, das Schiedsgericht brach den Kampf wegen Kampfunfähigkeit ab.

Wirtschaft

Die deutschen Benzollieferungen an Frankreich.

Auf Grund des Friedensvertrages ist Deutschland verpflichtet, 35 000 Tonnen Benzol jährlich für drei Jahre an Frankreich zu liefern. Die Vertreter Deutschlands haben, wie amtlich mitgeteilt wird, den Franzosen und der Reparationskommission ausführlich dargelegt, daß die Lieferung dieser Menge uns in eine äußerst schwierige Lage bringen würde. Trotzdem hat die Reparationskommission verlangt, daß Deutschland die gesamten 105 000 Tonnen (35 000 Tonnen jährlich) innerhalb von drei Jahren zu liefern hat; eine Verlängerung der Lieferfrist, die Deutschland dringend erbeten hat, ist abgelehnt worden. Am 1. Februar wird mit der Ablieferung begonnen werden. Es wird dann notwendig sein, die bisherigen Benzolfreigaben ganz erheblich zu kürzen; auch die lebenswichtigen Betriebe, wie Landwirtschaft und Fischerei werden nur noch zum Teil mit Benzol versorgt werden können. Die 35 000 Tonnen Benzol bekommt Deutschland nicht bezahlt, vielmehr wird das Entgelt Deutschland auf das Reparationskonto gutgeschrieben; den deutschen Benzolerzeugern aber muß das Reich das Benzol bar bezahlen. Für das Benzol werden 35 000 Tonnen Benzin jährlich als Ersatz eingeführt werden müssen. Diese 35 000 Tonnen Benzin müssen in fremder Währung bezahlt werden. 35 000 Tonnen Benzin kosten zurzeit etwa 250 Millionen Mark frei deutschen Hafen.

Böhmisches Brauhaus Aktiengesellschaft, Berlin. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. (gegen 9 Proz. im Vorjahre) vorzuschlagen.

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaften und Landtagswahl.

In einer am Donnerstag abgehaltenen Versammlung von Angestellten in Industrie und Handel beleuchtete Genosse Franz Krüger die Bedeutung der Landtagswahl für die Gewerkschaftler. Wenn der preußische Landtag eine Zusammensetzung bekommen sollte, die uns eine rein bürgerliche Regierung bringt, so wird das auf die Reichspolitik zurückwirken. Der Einfluß des großkapitalistischen Unternehmertums wird dadurch so gestärkt werden, daß eine weitgehende Beschränkung der Rechte der Arbeiter und Angestellten zu befürchten ist. Das Unternehmertum wird dann die Gelegenheit benutzen, um das Koalitionsrecht, dies Grundrecht der Gewerkschaften, einzuschränken, es wird den Achtstundentag beseitigen, wozu ja schon Versuche gemacht worden sind und die von uns geforderten Reformen des Arbeiterrechts werden nicht durchgeführt werden. Deshalb ist es für die Gewerkschaftler ein Lebensinteresse, daß sie alles daransetzen, um durch die Wahlen den Einfluß der Sozialdemokratischen Partei zu stärken, denn nur dadurch ist die Gewähr dafür geboten, daß die Rechte der Arbeiter nicht nur erhalten bleiben, sondern erweitert werden.

Auch den Ansturm der Kommunisten auf die Einheit der Gewerkschaften müssen wir mit aller Kraft abwehren. Die Zertrümmerung der Gewerkschaften bedeutet ebenso wie die politische Spaltung der Arbeiterklasse eine Stärkung der Reaktion, die Stück für Stück die Machtpositionen wieder an sich zu reißen sucht, die sie durch die Revolution verloren hat. Jeder Gewerkschaftler muß sich dafür einsetzen, daß der Landtag eine Mehrheit bekommt, die jeden Versuch, den Gewerkschaften neue Fesseln anzulegen, zurückweist. Wenn wir die Reaktion bekämpfen, so haben wir uns auch auf der anderen Seite gegen die gewerkschaftszerstörenden Treibereien der Kommunisten zu wehren, durch die doch nur die Reaktion gestärkt wird. Nur die Sozialdemokratische Partei, die ihrem alten Grundsatz treu geblieben ist, bietet die Gewähr dafür, daß die Zertrümmerung der Gewerkschaften abgewehrt wird und die Gewerkschaften in geschlossener Einheitsfront wieder der Machtfaktor werden, der sie vor den durch politische Streitigkeiten hervorgerufenen inneren Kämpfen gewesen sind. — Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

„Vorwärts"-Boykott der Schuhmacher aufgehoben!

In einer überfüllten Generalversammlung der Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Schuhmacher, die am Donnerstag in den Berliner Konzerthallen stattfand, wurde u. a. ein Antrag verhandelt, der verlangt, den „Vorwärts", die „Freiheit" und „Die Rote Fahne" als Publikationsorgan zu benutzen. Der Antrag wurde mit einer großen Mehrheit zum Beschluß erhoben. Damit ist der Boykott gegen den „Vorwärts", den die Berliner Schuhmacher vor längerer Zeit gelegentlich der Spaltung der Partei ausgesprochen hatten, wieder aufgehoben. Wie unsere Leser wissen, hat dieser Boykottbeschluß und ähnliche uns in der wirksamen Vertretung der gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft niemals beeinflußt. Die einzelnen können wohl irren, siegreich bleibt letzten Endes die große gemeinsame Idee, um deren Weiterentwicklung wir kämpfen!

*

Ueber die Versammlung erhalten wir folgenden Bericht:

Der Kassierer Böhler gab den Kassenbericht. Die Hauptkasse balanzierte mit einer Einnahme und Ausgabe von 325 147,60 M., die Lokalkasse mit 169 735,21 M. Für Arbeitslosenunterstützung wurden an 1164 Mitglieder für 23 068 Tage 43 789,10 M., für Krankenunterstützung an 653 Mitglieder für 14 930 Tage 14 060,51 M., für Streikunterstützung 11 644,65 M. verausgabt.

Der Mitgliederbestand hat sich im abgelaufenen Berichtsjahr leider vermindert. Wegen restierender Beiträge wurden eine ganze Anzahl Kollegen ausgeschlossen. Der erste Bevollmächtigte Herz, der seine Tätigkeit am 1. Januar begonnen hat, erstattete den Geschäftsbericht. Die allgemeine Wirtschaftskrise setzte besonders die Schuhindustrie sehr stark in Mitleidenschaft. Während die Unternehmer Riesengewinne erzielten, lag die Arbeiterschaft auf der Straße. Ueber ein Drittel der Fabrikarbeiter mußten verkürzt bis zu 24 Stunden die Woche arbeiten. Während im Januar 123 Arbeitslose vorhanden waren, schnellte die Zahl der Erwerbslosen im Juli auf 1447, um im Dezember auf 688 zu sinken. Im Berichtsjahr fanden insgesamt 601 Versammlungen und Sitzungen statt. Für die Fabrik-, Ballschuh-, Maß- und Reparaturbranche wurden wiederholt Lohnerhöhungen, zum guten Teil durch Verhandlungen, durchgesetzt, die aber durch die steigende Lebens- und Teuerung der Bedarfsgegenstände überholt sind. Den Betriebsräten wird von den Unternehmern nicht genügend Einblick in den Produktionsprozeß gewährt und gibt fortwährend zu Differenzen Anlaß. Mehr und besseres hätte geleistet werden können, wenn die Arbeiterschaft nicht innerlich zerrissen und gespalten wäre und sich gegenwärtig zerfleischt. Nur wenn wir — so schloß Herz — alles Persönliche ausschalten und die Einheitsfront der Arbeiterschaft gegen das Unternehmertum herstellen, dann kommen wir der Verwirklichung des Sozialismus näher.

Mit über 700 Stimmen gelangte ein Antrag zur Annahme, den „Vorwärts", die „Freiheit" und die „Rote Fahne" als Publikationsorgane des Verbandes zu benutzen, trotzdem Stockmann versuchte, dagegen zu monieren.

Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung wurden gewählt als 1. Bevollmächtigter Herz (750 Stimmen), als 1. Kassierer Böhler, als 1. Schriftführer Moser. Zu Stellvertretern Stockmann, Mating und Blakert. Bei der Wahl der Revisoren platzten die Geister heftig aufeinander. Vollmershaus hatte es den Moskowitern angetan. Er wandte sich mit großer Schärfe gegen die Treibereien der Betriebsorganisierten (B.O.). Die Folge war, daß die Wahlen nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden konnten und auf eine spätere Versammlung vertagt werden mußten. — Vorher beschäftigte sich die Versammlung noch mit dem Konflikt bei der Firma Frankenstein in der Köpenicker Straße 71. Durch den Herrn-im-Hause-Standpunkt des Unternehmers sind die Arbeiter in den Streik getreten, der noch andauert.

Die Arbeitslosigkeit im Bekleidungsgewerbe.

Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband berichtet über den Stand der Arbeitslosigkeit am 1. Januar folgendes: Es haben 145 Filialen mit 81 482 Mitgliedern Berichtsbogen eingesandt. Da der Verband am Schlusse des 3. Quartals 1920 138 470 Mitglieder zählte, ist über 70 Proz. der Mitglieder berichtet. In 63 Filialen mit 7223 Mitgliedern waren Arbeitslose oder verkürzt Arbeitende nicht vorhanden. Hingegen waren in 82 Filialen mit 74 259 Mitgliedern 2164 Mitglieder = 2,9 Proz. arbeitslos. Verkürzt arbeiteten 5880 Mitglieder = 7,8 Proz. Die Zahl der Arbeitslosen hat gegen den Vormonat (3,2 Proz.) etwas abgenommen, während die Zahl der Kurzarbeiter (6,1 Proz.) zugenommen hat.

Deutscher Werkmeisterverband. Betriebs-, Ob-, Betriebsingenieure und Funktionäre der Fachgruppe Metallindustrie: Versammlung am Montag, den 7. Februar 1921, abends 6 Uhr, in den „Sophiensälen", Berlin C 34, Sophienstraße.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

M. Kraus & Co

Grösstes Damen-Konfektions-Haus des Ostens

Berlin-O * Frankfurter Allee Nr. 50 Eckhaus Niederbarnimstr.

Ausstellung neuer Frühjahrs-

Kostüme ~ Mäntel
Kleider ~ Blusen

Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht ~ Noch vorhandene Winter-Konfektion zu enorm billigen Preisen

---

Kundenlisten

zur

Neueintragung für Briketts

an Privat-Haushaltungen (Küchen- und Ofenbrand) Bäckereien und sonstige Gewerbebetriebe

liegen ab 1. Februar, werktäglich von 9 bis 5 Uhr bei uns aus, und bitten wir, die Anmeldungen rechtzeitig gegen Vorlage der erforderlichen Ausweise zu bewirken.

Frei-Haus-Lieferungen werden, wie bisher, prompt ausgeführt.

Paul Lott G. m. b. H.

Holz- und Kohlen-Großhandlung

Berlin-Niederschöneweide, Berliner Straße 20 g

Fernsprecher: Oberschöneweide 925.

Adams Weisse Woche

liefert Ihnen weiße Waren zu staunend billigen Preisen.
Einige Beispiele:

Gardinen-Mull . . . . Meter	8.50
Künstler-Garnituren, 2 Flügel, 1 Behang	75.00
Allor-Net-Stores mit Volant, ca. 150 cm breit . .	87.50
Etamin zum Anfertigen von Gardinen . . Meter	27.50

Adams Gardinen- und Teppichhaus
Frankfurter Allee 56, zwischen Kreutziger- u. Mainzer Str.

Bringen Sie Ihre

Sommerhüte

schon jetzt zum Umpressen.

Eckstein's Hutfabrik

Invalidenstr. 35, Ecke Chausseestr., 1 Treppe.

Aus erster Hand

ab Engroslager W. Reinecke, SW., Katzbachstr. 25, Kurf. 214, an Jedermann: Feldbettst. 70,—, Stahlmatratze „Vulpius“ m. Unterl. b. 90 cm br. 122,-, drtl. Aufl. 90,-, 160,-, 175,-, Kinderbettst. 180,-, gr. Metallbettst. 130,-, m. Messing 325,-.

Weiße Woche!

Vom 31. Januar bis 5. Februar besonders billige Preise für

Wäschestoffe u. Bettwäsche

Hemdentuch . . . Meter	11,—
Renforcé . . . . . „	12,50
Luisianatuch . . . „	14,—
Deckbetten . . . . Stück	89,—
Kissen . . . . . . „	27,—
Laken ohne Naht . „	58,—

Fritz Raumer, Neukölln, Reuterstr. 53

Künstliche Zähne

in natürlichem Aussehen! Kronen, Brücken usw., Zahnziehen, Plombieren mit Betäubung, Umarbeiten schlechtsitzend. Gebisse. Reparaturen in 1 Tage. Persönl. schonend. Behandlung. Mäßige Preise. Teilzahlung.

Zahnpraxis Schneider, Neukölln, Bergstr. 82

Sprechst. 9—7, Sonntags 9—11. Tel. Neuk. 603

Zahnpraxis Mühlau

Wilhelmstraße 20
Eingang
Berl. Hedemannstraße 6

Sprechstunde 9—7
Sonntags 9—1 Uhr

Zahnlücken sind häßlich. Ein Gebiß mit Kautschukplatte ist unappetitlich [illegible]

M. 65.— Konstruktion Edelbronze pro Zahn

M. 130.— do. massiv Dukatengold

[illegible] Porzellan 20.— M.

Film-Palast

Koppenstraße 29 Kgst. 4114

Vom 4. bis 10. Februar:

„Präsident Barrada“

Tragödie eines Glücksritters in 6 Akt. m. Michael Bohnen

Lottes 5. Streich:

Der Kampf mit dem Drachen

Installationsmaterial

zu Engrospreisen, Litzen, Leitungs- und Dynamodrähte, sowie Motore.

Elektromechanik Centrum
Fritz Groener, Berlin,
Kurze Str. 18. Alex. 4782.

Lagermetall, Zinn, Blei, Kupfer, Messing, Rotguß

kauft für eigenen Bedarf
Metall-Handelsgesellschaft Groß-Berlin, Schönh. All. 81, an der Wörther Straße.

Kleine Anzeigen im „Vorwärts“

sind billig und erfolgreich!

Zahn-Atelier

f. modern. Zahnersatz
H. Knapp vorm. Feuker

Sprechstunden 9—1, 3—6, Sonntags 10—12.
Kottbuser Damm 70/71. Telephon: Mpl. 7827

Korbmöbel

modern und dauerhaft, zu den billigsten Preisen ab Fabrik — kein Laden —

H. Kaese, Neukölln

Berliner Straße 89, Quergeb. parterre.

Verkäufe

Bettwäsche! Zur weißen Woche vom 31. Januar bis 5. Februar bringen wir riesige Posten Bettwäsche zu staunend billigen Preisen zum Verkauf. Deckbettbezug 55,—, 70,—, 80,—, Kissen 15,—, 17,50, 20,—, Laken 28,—, 40,—, Inlette 125,—. Fahrtvergütung. Wäschefabrik Stumpe u. Jäger, Landsbergerstraße achtundachtzig. 138K*

Kreuzfüchse 195,—. Sämtliche Pelzarten Hälfte herabgesetzt. Herrengarderobe, Taschenuhren, Goldwarenlager staunend billig. Keine Lombardware. Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße. *

Hochherrschaftliche blaue Jackettanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Cutawayanzüge, Monatsgarderobe. Seltener Gelegenheitskauf: Sommerpaletot. Nur Schiffmann, Stallschreiberstraße Goldens 118. 47/15*

Pelzgarnitur 350,—, Sealmäntel, Kreuzfüchse, Zobelfüchse, Alaskafüchse, Blaufüchse, 50 Prozent herabgesetzt. Tipton, Turmstraße 38.

Bettwäsche, zur weißen Woche staunend billige Preise, auch einzelne angestaubte Bezüge. Deckbettbezug 60,—, Kissen 17.50, Laken 35,—, Inletts 140,—. Wäschestoffe, Handtücher, Leibwäsche, Engrospreise. Wäschefabrik, Gräfestraße Neununddreißig (Hasenheide). Geöffnet bis 7.

Kreuzfüchse! Alaska-Füchse! Rotfüchse sowie alle anderen Pelzarten wegen vorgerückter Saison jetzt zu herabgesetzten, staunenerregend spottbilligen Preisen! Alles neue, keine Verfallwaren! Leihhaus Warschauer Straße 7 1872*

Inventurverkauf. Teppiche, Diwandecken, Gardinen, Tischdecken, Tüllstores, Steppdecken, preiswert. Potsdamerstr. 109, Fischer. 138K

Dezimalwagen, Tafelwagen, Gewichte liefert ab Vorrat. Wanner, Cöpenickerstraße 71.

Herrenanzug billig zu verkaufen. Blogdorf, Borsigwalde, Ernststraße 26. 47/20

Geschäftsverkäufe

Geschäfte aller Branchen verkauft schnellstens Vollrath u. Co., Friedrichstraße 113a. Norden 9292. 9293. 111K

Geschäfte jeder Branche evtl. tauschlos verkauft Verkaufzentrale Kaiserstraße 14, Alexanderplatz. 1192K

Möbel

Metallbetten 225, Chaiselongues 125, Kinderdrahtbett, weiße Schlafzimmer, Weick, Anguststr. 33a, Quergebäude.

Bunte Küchen 575,—. Möbel aller Art Kredit an alle. Liefere auch auswärts. Möbel-Groß, Gr. Frankfurterstr. 141. Invalidenstr. 5. *

Möbel-Lechner offeriert Schlafzimmer, Eiche, weißlackiert, Nußbaum, Palisander, Kirschbaum, Mahagoni, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Schränke, Vertikows usw. Große Auswahl, sehr preiswert. Besuch lohnend. Auf Wunsch Zahlungserleichterung. Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7. Geschäftszeit 8—7. 186K

Chaiselongues, 200,00 bis 575,00, Sofaumbau 650,00, Auflegematratzen, Patentmatratzen 120,00. Walter, Stargarderstraße achtzehn. 1792*

Möbel. Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, einzelne Möbelstücke. Preise bedeutend herabgesetzt, auf Wunsch Zahlungserleichterung. Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Jannowitzbrücke. 190K*

Sofa, 2 Sessel, 600 M. 5—8 Uhr nachm. Woeck, Spenerstraße 5, part. 3086b

Ecksofa, 2 Sessel, 6 Säulenpolsterstühle prima Moquett, Spiegelvertikow, Ausziehtisch, zusammen 1950. Möbelhaus Kamerling, Kastanienallee 86 (am Weinbergsweg). 3086b

Möbel: Schlafzimmer von 4400, Speisezimmer von 4800, Herrenzimmer von 3750, Küchen von 900, Einzelmöbel. Auf Wunsch Zahlungserleichterung. Antel, Große Frankfurterstraße Nr. 34. 168K

Musikinstrumente

„Adam's“ größtes Spezialhaus für gebrauchte Pianos, Flügel, Harmoniums Bechstein, Blüthner und andere erste Firmen. Eigene Werkstatt, freie Lieferung. Adam, Münzstr. 16, Unter den Linden 17/18.

Private kaufen am günstigsten nur billige Instrumente in der Klaviertechnischen Werkstatt Möckernstraße 85. 197K

Sterling-Pianos, neue, gute gespielte, wohlfeile Gelegenheiten. Kottbuserstr. 3. 75K*

Kaufgesuche

Kriegsanleihe, Wertpapiere, Pfandscheine kauft, beleiht. Lange, Berlin, Oranienstraße 145. *

Fahrradankauf Kraus, Große Frankfurterstraße 52. 47/8

Unterricht

Tanzschule, Solotänzerin Friedrich-Donath, Michaelkirchstraße 39. Anfängerkurse, Modetanzkurse, Fortschrittkurse beginnen. 45/19*

Tanzkurse Regehr, Wilmersdorf-Halensee. Anmeldungen: Floraside, Johann-Georg-Str. 19 am Kurfürstendamm, Mittwochs, 7—11 abds. — Günzelstr. 42, jederzeit. Uhland 2698.

Mandolinenspiel, Gitarren-, Lautenspiel. Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung 30,— Mark Monatshonorar. (Zehnstündige Schnellkurse.) Lehrinstrumente billigst. Klavier-, Violin-Schnellkurse. Ernst, Oranienstraße 166. 174K*

Verschiedenes

Liebevolle Auskunft, Untersuchungen. Hebammenschwester Seibel, Kommandantenstraße 45.

Vertrauensvolle Behandlung Damen. Masseurin Schmidt, Friedrichsfelderstr. 31 IV.

Extrastarke Dauerwäsche verkauft Born, Reichenbergerstraße 7.

Vertrauensvolle Auskunft, gewissenhafte Behandlung. Frau Ehm, Hebamme a. D., Stargarderstraße 75, Seitenflügel. *

Massageinstitut Minna Meiners, staatlich geprüft, Potsdamerstraße 100. *

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Schreiber, zuverlässig arbeitend, von Feuerversicherungs-Gesellschaft sofort gesucht. Bewerbungen mit Lebenslauf unter H. 18 Hauptexpedition d. „Vorw.“. 3086b

Botenfrauen sucht sofort Zeitungszentrale (Z. Z.) Aktiengesellschaft, Lausitzerpl. 14/15, Bärwaldstr. 42, Prinzenstr. 81, Hof r., Petersburgerpl. 4, Immanuelkirchstr. 24, Wattstraße 9, Greifenhagener Str. 22, Ackerstr. 174, Steglitzer Str. 37, Charlottenburg, Gesenheimer Str. 1, Kaiserdamm 101. †17*

„Vorwärts“-Ausgabestellen und Inseraten-Annahme

sowie Geschäftsstellen der Zeitungs-Zentrale (Z. Z.) Aktiengesellschaft.

Südwest: Lindenstr. 3, II. Hof parterre. — Jerusalemer Straße 5/6, Hauptgeschäft.
Zentrum: Ackerstr. 174, am Koppenplatz. Geöffnet von 9 bis 6 Uhr.
Westen: Steglitzer Str. 37, Ecke Magdeburger Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Süden: Bärwaldstraße 42, a. d. Gneisenaustraße. Geöffnet von 9—6 Uhr. — Prinzenstr. 81, Hof rechts part. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Osten: Markusstr. 36. Geöffnet von 9—6 Uhr. — Petersburger Platz 4. — Kopernikusstr. 20. Geöffnet von 9 bis 6 Uhr.
Südosten: Lausitzer Platz 14/15. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Nordosten: Immanuelkirchstr. 24. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Moabit: Wilhelmshavener Str. 48. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Wedding: Müllerstr. 34a, Ecke Utrechter Straße. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wattstr. 9. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Gesundbrunnen: Bastianstr. 7. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Schönhauser Vorstadt: Greifenhagener Str. 22. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Adlershof: Speidmann, Bismarckstr. 4.
Alt-Glienicke, Falkenberg: Salamann, Falkenberg, Gartenstadtstr. 10.
Baumschulenweg: Frau Köpke, Kiefholzstr. 179.
Bernau, Röntgental, Zepernick, Schönbruch, Karow und Buch: Heinrich Brose, Bernau, Mühlenstr. 5.
Biesdorf: W. Danneberg, Viktoriastr. 11.
Bohnsdorf: Herlemann, Genossenschaftshaus „Paradies“.
Buchholz, Blankenburg: Haicke, Buchholz, Bahnhofstr. 24.
Charlottenburg I: Gesenheimer Straße. Geöffnet von 9 bis 6 Uhr.
Charlottenburg II: Tauroggener Str. 11.
Charlottenburg III: Kaiserdamm 101. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Charlottenburg IV: Regensburger Str. 10.
Eggersdorf: Schönherr, Landsberger Str. 16.
Eichwalde, Schmöckwitz: Schröder, Bahnhofstr. 78.
Erkner: Albert Kernicke, Friedrichstr. 21.
Fichtenau: Krebke, Waldstr. 28.
Friedenau: Rheinstr. 27, Ecke Rönnebergstraße.
Fredersdorf-Petershagen: Ulfenmaller, Petershagen.
Friedrichshagen, Hirschgarten: Hollmann, Friedrichshagen, Kurze Straße 1.
Grünau: Franz Klein, Friedrichstr. 10.
Halensee, Grunewald: Halensee, Georg-Wilhelm-Str. 2.
Hennigsdorf: Martin Smoltbowski.
Hermsdorf: Gumnial, Kathenaustr. 1.
Hohenneuendorf: Siegeris, Bismarckstraße.
Johannisthal: Alwin Gammisch, Bismarckstr. 8.
Karlshorst: Frau Stanke, Hentigstr. 32, vorn parterre.
Kaulsdorf: Liebig, Hönowerstr. 20.
Königs-Wusterhausen, Niederlehme: Friedr. Baumann, Königs-Wusterhausen, Luckenwalder Str. 5.
Köpenick: Schlag, Kieber Str. 6 (Laden). Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg I: Lichtenberg, Wartenbergstr. 1. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg II, Rummelsburg, Stralau: Lichtenberg, Boxhagener Str. 62. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Lichtenberg III, Friedrichsfelde: Frankfurter Allee 185, Laden.
Lichtenrade: Franz Wichura, Kaiser-Friedrich-Str. 9, Restaurant.
Lichterfelde-Ost, Lankwitz: H. Wenzel, Lankwitz, Kaiser-Wilhelm-Str. 8.
Lichterfelde-West: Schaebel, Hindenburgdamm 84.
Mahlsdorf: Emil Rausch, Lemkestr. 30.
Malchow: Frau Reuter, Glasowstr. 1.
Mariendorf: August Leip, Chausseestr. 29.
Marienfelde: Fritz Greulich, Kirchstr. 27; Gülbring 782.
Neuenhagen: Wenske, Ziegelstr. 71.
Neukölln: Neckarstr. 2. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Neukölln-Britz: Siegfriedstr. 28/29. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Niederschöneweide: Hartrampf, Brückenstr. 10 II.
Niederschönhausen, Nordend: G. Schliebener, Treskowstr. 14.
Nowawes: Karl Krohnberg, Eisenbahnstr. 10.
Oranienburg: Heinr. Loenhardt, Stralsunder Str. 6.
Oberschöneweide: Robert Paul, Mathildenstr. 5.
Pankow: Rikmann, Mühlenstr. 70.
Potsdam: M. Bierlich, Schockstr. 23.
Rahnsdorf: Teichert, Forststr. 7.
Reinickendorf-Ost, Schönholz: Albert Wohle, Provinzstraße 5? (Laden).
Reinickendorf-Rosenthal: W. Buro, Prinz-Heinrich-Str. 34.
Schmargendorf: Rehab, Breite Str. 4.
Schöneberg: Belziger Str. 77. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Schöneberg: Gurth, Lutherstr. 19a.
Seegefeld: Friedewald, Chausseestr. 54.
Siemensstadt: Stein, Nonnendamm-Allee 92 a.
Spandau: Leest, Neue Brücke, Zeitungshalle.
Südende: Ludwig, Halskestr. 36.
Steglitz: Gedricke, Schildhornstr. 12.
Tegel, Borsigwalde, Reinickendorf-West, Waidmannslust, Freie Scholle, Hermsdorf, Birkenwerder, Bergfelde, Stolpe und Borgsdorf: Borsigwalde, Räuschstr. 10. Geöffnet von 9—6 Uhr.
Teltow: Krüger, Schönow, Dorfstr. 9.
Tempelhof: Kaiser-Wilhelm-Str. 13.
Tempelhof: Kandler, Hohenzollernkorso 8.
Trebbin: Göring, Bahnhofstr. 62.
Treptow: Gramens, Kiefholzstr. 412, vorn 1 Tr.
Weißensee: Berliner Allee 54.
Wilden-Hohenschöne: Rud. Lettow.
Wilhelmshagen, Hessenwinkel: Arthur Schiefke, Wilhelmshagen, Dernburgstr. 21.
Wilmersdorf: Holsteinische Str. 19.
Wittenau: Wilh. Zimmermann, Rosenthaler Str. 46.
Woltersdorf: Schurbaum, Eichendamm 22.
Zehlendorf, Schlachtensee, Nikolassee: Wegner, Zehlendorf, Teltower Str. 3.
Zeuthen, Miersdorf: Ernst Winterfeld, Zeuthen, Kurfürstenstr. 46.
Zossen: Albert Stein, Mittenwalder Str. 17.

Sämtliche Literatur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.

Sonntags sind die Geschäftsstellen geschlossen.